



## Viel gewagt und viel gewonnen

**Agenda 2010.** Vor genau zehn Jahren schwor Gerhard Schröder die Bundesbürger auf die größte Sozialreform in der Geschichte der Bundesrepublik ein. Die Agenda 2010 hat das Land zum Besseren verändert – auch wenn viele das nicht wahrhaben wollen.

„Alle Kräfte der Gesellschaft werden ihren Beitrag leisten müssen“, rechtfertigte der damalige Bundeskanzler die geplanten Reformen in seiner Erklärung am 14. März 2003. Um Deutschland wieder an die Spitze der wirtschaftlichen und sozialen

Entwicklung in Europa zu führen, „werden wir Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern müssen.“

Dass Schröder derart deutliche Worte wählte, hatte triftige Gründe.

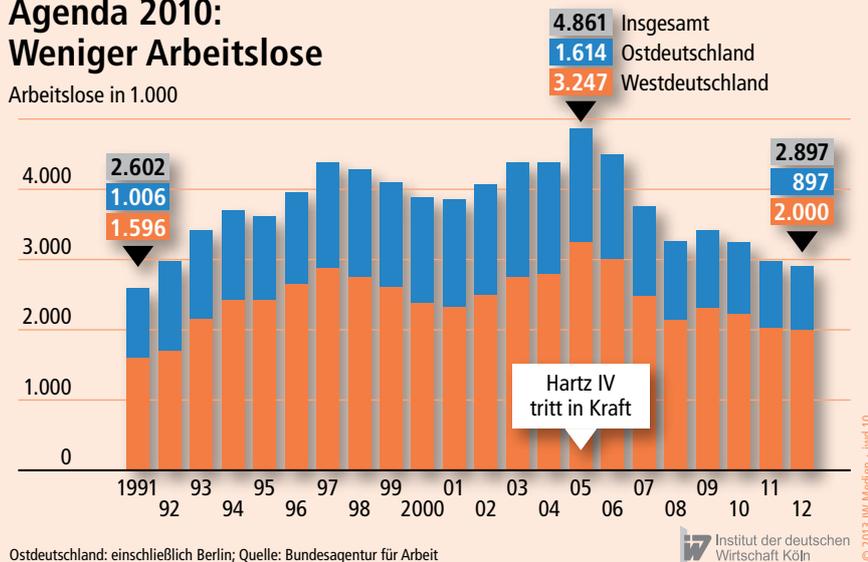
Im Jahr 2003 war die Zahl der Arbeitslosen auf mehr als 4 Millionen gestiegen (Grafik), das Bruttoinlandsprodukt wuchs schon seit zweiinhalb Jahren nicht mehr und Arbeitnehmer wie Arbeitgeber mussten hohe Lohnzusatzkosten tragen. Abzulesen war das unter anderem daran, dass einerseits die unternehmerischen Investitionen und der private Konsum drastisch zurückgingen, andererseits der Staat unter ausufernden Sozialausgaben ächzte.

Heute, zehn Jahre später, ist die Agenda 2010 in der öffentlichen Wahrnehmung auf „Hartz IV“ zusammengeschrumpft – das war allerdings nur einer der 13 Reformbausteine, die damals von der Hartz-Kommission vorgeschlagen wurden. Für die Kritiker ist Hartz IV zugleich ein Synonym für ein staatlich verordnetes Armutsprogramm – die Fakten zeigen aber, dass Wirklichkeit und „gefühlte“ Wirklichkeit weit auseinanderliegen:

• **Agenda-Gesetzgebung.** Dazu zählt unter anderem die umstrittene Kürzung der Bezugsdauer von →

### Agenda 2010: Weniger Arbeitslose

Arbeitslose in 1.000



## Inhalt

**Frankreich.** Eine Reform des rigiden Arbeitsrechts soll unter anderem die hohe Arbeitslosigkeit abbauen.  
Seite 3

**Finanztransaktionssteuer.** Die Finanzminister aus elf Euroländern wollen Umsätze mit Aktien versteuern.  
Seite 4

**Steuerlastverteilung.** Fast jeder zahlt Steuern. Wer wie viel zahlt, ist jedoch gar nicht so leicht zu beantworten.  
Seite 5

**Verkehr.** Die täglichen Staus sind für Pendler selbstverständlich. Besonders schlimm erwischt es Autofahrer in Köln.  
Seite 6

**Frühverrentung.** Jeder zweite Rentner ist Frührentner – allerdings gehen sie später vom Arbeitsmarkt als bisher.  
Seite 7

**Tarifpolitik.** Gewerkschaften wollen mehr Lohn wegen gestiegener Preise, doch es gibt noch weitere Gründe.  
Seite 8

**Institut der deutschen Wirtschaft Köln**  
Präsident:  
Dr. Eckart John von Freyend  
Direktor:  
Professor Dr. Michael Hüther  
Mitglieder:  
Verbände und Unternehmen in Deutschland

→ Arbeitslosengeld für Ältere. Weil diese Gruppe derzeit maximal 18 Monate lang Arbeitslosengeld bekommt, haben sich Einzelne zwar verschlechtert, die Reform aber war konsequent. Denn die Arbeitslosenversicherung ist – wie die Krankenversicherung – nun einmal kein Sparvertrag, sondern sichert das Risiko der Arbeitslosigkeit für einen bestimmten Zeitraum ab.

- **Hartz I bis IV.** Die Reform der Minijobs hat es für viele Menschen wieder attraktiv gemacht, sich einen Job zu suchen – und sei es auch nur ein kleiner.

**Die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten stieg zwischen 2002 und 2004 um 600.000 auf insgesamt 4,8 Millionen und verharrt seitdem auf diesem Niveau.**

Die Zahl der nebenberuflichen Minijobber wächst sogar noch immer – seit 2002 um 1,4 Millionen.

Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe hat der Gesetzgeber das frühere Nebeneinander verschiedener Grundsicherungssysteme beendet – zu Recht, denn das hatte zu Doppelstrukturen,

Ineffizienz, Ungerechtigkeiten und sozialen Verschiebebahnhöfen geführt. Mit Hartz IV hat Deutschland nun eine soziale Grundsicherung, die für alle gleich hoch und konsequent bedürftigkeitsgeprüft ist; und die staatlichen Zuständigkeiten liegen weitgehend in einer Hand.

Der wichtigste – und gewollte – Effekt aber ist, dass Hartz IV für viele Menschen den Anreiz – für einige auch den Druck – erhöht hat, sich eine Arbeit zu suchen.

**Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln hat allein die Hartz-IV-Reform die strukturelle, also konjunkturunabhängige Arbeitslosenquote um 1,4 Prozentpunkte gesenkt.**

Als Hartz IV Anfang des Jahres 2005 in Kraft trat, erreichte die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland gerade einen historischen Höhepunkt: 5,3 Millionen waren es im Februar – aber nur drei Jahre und acht Monate später sank die Zahl erstmals seit November 1992 wieder unter die Marke von 3 Millionen.

Selbstverständlich war das nicht allein den Reformen zuzuschreiben,

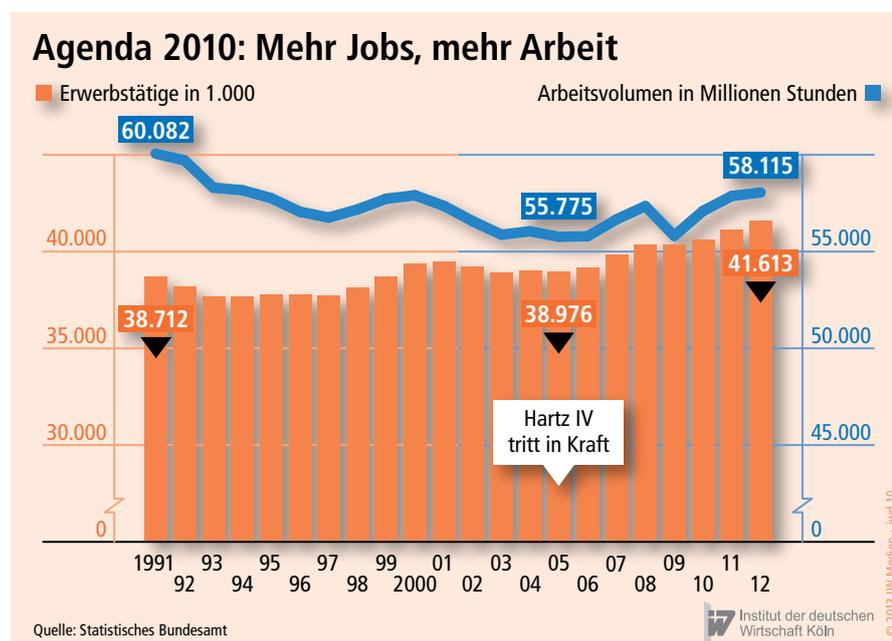
sondern auch eine Folge der guten Konjunktur. Dennoch zeigt ein Vergleich mit dem New-Economy-Boom von 1998 bis 2000, dass die Arbeitslosigkeit im Aufschwung 2006 bis 2008 bei gleichem Wachstum weit stärker zurückgegangen ist. Mit anderen Worten: Die Agenda 2010 wirkt.

Das bestätigen auch die Beschäftigtenzahlen (Grafik):

**Im Jahr 2008 zählte Deutschland erstmals mehr als 40 Millionen Erwerbstätige, inzwischen ist die Marke von 41,5 Millionen geknackt.**

Dass es sich dabei mehrheitlich um prekäre Beschäftigungsverhältnisse handelt, ist zwar eine weit verbreitete Meinung – aber falsch: Von den 2,7 Millionen sozialversicherungspflichtigen Jobs, die seit dem Jahr 2005 geschaffen wurden, sind zwar tatsächlich viele Teilzeitstellen oder befristet. Doch genau diese Beschäftigungsformen sind gefragt: Wie eine Auswertung des Statistischen Bundesamts von 2012 gezeigt hat, will das Gros der Teilzeitbeschäftigten nichts anderes als Teilzeit arbeiten. Zwar wollen einige Teilzeiter ihre Arbeitszeit ausdehnen, allerdings ohne Vollzeit zu arbeiten.

Diese und andere Fakten werden von den Kritikern der Agenda 2010 schlichtweg ignoriert. Doch es gibt auch Lob und Anerkennung – vor allem aus dem Ausland. Dort fragt man sich staunend, wie Deutschland das geschafft hat. Denn während die meisten Länder seit Jahren entweder selbst in der Abwärtsspirale aus Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise gefangen sind – und mit teilweise extremen Konsequenzen zu kämpfen haben – oder aber zumindest indirekt darunter leiden müssen, gilt die Bundesrepublik geradezu als Insel der Seligen.



# 28 Schritte zu mehr Arbeit

**Frankreich.** Eine Reform des rigiden Arbeitsrechts soll die hohe Arbeitslosigkeit im Nachbarland abbauen und der lahmenen Wirtschaft einen Schub geben.

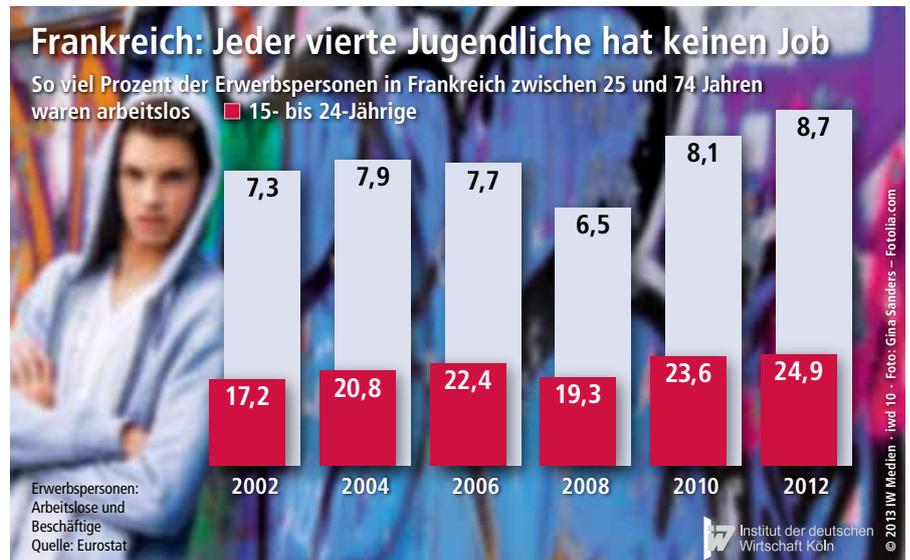
Die zweitgrößte Volkswirtschaft der Eurozone verzeichnet seit Jahren große Außenhandelsdefizite und eine bedrohlich hohe Erwerbslosigkeit (Grafik):

**Im vergangenen Jahr betrug die Arbeitslosenquote in Frankreich fast 9 Prozent – so hoch war die Quote zuletzt im Jahr 1999. Aktuell sind 10,3 Prozent der Erwerbspersonen ohne Job.**

Für die 15- bis 24-Jährigen wäre solch eine Arbeitslosenquote sogar ein Grund zur Freude – denn von den jungen Franzosen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung standen, hatte im vergangenen Jahr fast jeder Vierte keine Arbeit.

An diesem Zustand sind nicht zuletzt die starren französischen Arbeitsmarktvorschriften Schuld, die unter anderem dazu geführt haben, dass Frankreichs Wirtschaft mit besonders hohen Lohnkosten und den europaweit kürzesten Arbeitszeiten zurechtkommen muss.

Daran könnte sich allerdings schon bald etwas ändern. Präsident François Hollande hat die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu seinem wichtigsten Ziel in diesem Jahr erklärt und eine Arbeitsmarktreform auf den Weg gebracht, die das rigide französische Arbeitsrecht gehörig aufmischt: Nach dreimonatigen Verhandlungen einigten sich Arbeitgeber und Gewerkschaften Anfang Januar auf insgesamt 28 Einzelver-



einbarungen. Derzeit wird die Neuregelung in Gesetzesform gegossen, um dann in den parlamentarischen Beratungsprozess zu gehen, der im Mai abgeschlossen sein soll. Die wichtigsten Eckpunkte der geplanten Arbeitsmarktreform:

- **„Bündnis für Arbeit“.** In konjunkturell schwierigen Zeiten können Unternehmen mit der im jeweiligen Betrieb führenden Gewerkschaft ein maximal zweijähriges „Bündnis für Arbeit“ aushandeln, das die Verlängerung der Arbeitszeit und gegebenenfalls Lohn- und Gehaltskürzungen vorsieht – auch für Chefs. Diese von den Tarif- und Arbeitsverträgen abweichenden Bestimmungen sollen verbindlich sein. Zwar können sich einzelne Arbeitnehmer einer Lohnkürzung oder Arbeitszeitverlängerung widersetzen, wenn ihr Arbeitsvertrag anderslautende Bestimmungen beinhaltet, doch damit riskieren sie ihre Entlassung.
- **Restrukturierung.** Unternehmen dürfen künftig Entlassungen im Rahmen einer Restrukturierung ohne Sozialplan umsetzen. Entwe-

der einigt sich das Unternehmen direkt mit dem Betriebsrat oder – für den Fall, dass keine Einigung erzielt werden kann – die Unternehmensleitung legt der staatlichen Arbeitsverwaltung einen Plan vor, den diese nur unter bestimmten Voraussetzungen ablehnen kann.

Bereits während dieses Verfahrens kann das Unternehmen Arbeitnehmer intern versetzen, solange sich der neue Arbeitsplatz in einem Umkreis von 50 Kilometern befindet oder er innerhalb von 45 Minuten Fahrtzeit erreicht werden kann.

Damit entfallen monatelange Vorgespräche und langwierige gerichtliche Auseinandersetzungen, die bisher vielfach mit den Sozialplanverfahren verbunden waren.

- **Jugendarbeitslosigkeit.** Firmen, die mit Jugendlichen unbefristete Arbeitsverträge abschließen, sollen – gestaffelt nach der Mitarbeiterzahl – für drei oder vier Monate von den Sozialabgaben befreit werden. Finanziert wird das aus den steigenden Beitragszahlungen der Arbeitgeber zur Arbeitslosenversicherung.

# Unerwünschte Nebenwirkungen

**Finanztransaktionssteuer.** Wer mit Aktien, Anleihen und Derivaten handelt, soll die Umsätze versteuern – so wollen es die Finanzminister aus elf EU-Ländern, darunter Deutschland, Frankreich und Italien. Beschlossene Sache ist die Steuer allerdings nicht. Ob die erhofften Einnahmen zudem wirklich sprudeln, ist fraglich, zumal Großbritannien, Luxemburg und die Niederlande nicht mitziehen.

Die Finanztransaktionssteuer trifft fast alle und alles: die Finanzmärkte, zum Beispiel die Börsen und den Interbankenhandel, die Unternehmen, Versicherungen und Privatleute sowie die Produkte, angefangen von Fondsanteilen über Aktien bis hin zu Krediten. Ausgenommen sind nur Staatsanleihen und Geschäfte mit der Europäischen Zentralbank. Bei Transaktionen mit

Aktien soll ein Steuersatz von 0,1 Prozent des Umsatzes fällig werden, bei Derivaten von 0,01 Prozent.

Die Finanzminister der elf Eurostaaten sehen darin einerseits eine lukrative Einnahmequelle. Andererseits wollen sie damit aber auch die Banken an den Kosten für die diversen Rettungsschirme beteiligen.

**Die Finanztransaktionssteuer soll zwischen 16 Milliarden und 400 Milliarden Euro jährlich einspielen.**

Die immense Spanne ist schnell erklärt: Je mehr Händler auf Standorte ausweichen, die eine solche Steuer nicht erheben, desto geringer fallen die Einnahmen aus. Letztendlich schwächt man auf diese Weise auch die kontinentaleuropäischen Finanzplätze.

Schweden hat dies in den 1980er Jahren schmerzlich erfahren. Das Königreich hatte 1984 eine Transaktionssteuer eingeführt, sie aber 1991 wegen der Abwanderung des Wertpapierhandels nach London wieder abgeschafft (Grafik).

Auch in anderen Bereichen könnte die Steuer mehr Schaden anrichten als Nutzen stiften:

**Computergesteuerte Transaktionen.** In den vergangenen Jahren hat der vollautomatische Handel mit Finanzprodukten stark an Bedeutung gewonnen. Heute macht er schätzungsweise die Hälfte des gesamten Handels aus. Weil die Kauf- und Verkauforders oft in Sekundenbruchteilen erfolgen und so die Systeme überlasten, kann das schon einmal zu extremen und irrationalen Kursschwankungen führen.

Die Bundesregierung hat darauf mit einem Gesetzentwurf reagiert.

Wertpapierhändler und Fondsgesellschaften haften künftig für Störungen des Handels durch Computerfehler. Außerdem wird eine Gebühr für die übermäßige Nutzung des Handelssystems fällig. Diese Regeln fördern einen fairen Wettbewerb auf den Finanzmärkten – im Gegensatz zur geplanten Besteuerung des Handels.

**Verbriefungsprodukte.** Die Finanzmarktkrise wurde nicht durch traditionelle Anlagen wie Aktien und Anleihen verursacht, sondern durch neu geschaffene Verbriefungsprodukte, die so kompliziert konstruiert waren, dass nicht mehr klar war, wer dafür haftet. Die EU-Kommission hat deshalb für Verbriefungsprodukte strenge Vorschriften erlassen. So müssen zum Beispiel alle außerbörslichen Geschäfte mit Derivaten an ein Transaktionsregister gemeldet werden. Zudem müssen diese Produkte mit mehr Eigenkapital unterlegt werden, wodurch die Haftung erhöht wird. Eine Transaktionssteuer hilft hier nicht.

**Private Ersparnisbildung.** Ein Fünftel der 15 Millionen Riester-Verträge basiert auf Fondsmodellen. An- und Verkäufe von Aktien unterliegen aber der neuen Transaktionssteuer. Das schmälert die Rendite der Fonds und somit in der Folge die Rente der Arbeitnehmer. Ein unerwünschter Effekt.

Finanzminister Schäuble glaubt offenbar selbst nicht mehr an eine rasche Einführung der Steuer. Im jüngsten Haushaltsentwurf für das Jahr 2014 tauchen die Einnahmen daraus – 2 Milliarden Euro – jedenfalls nicht mehr auf.



# Komplexe Kiste

**Steuerlastverteilung.** Man selbst zahlt immer zu viel, die anderen immer zu wenig – beim Thema Steuern hört für die meisten Menschen der Spaß auf. Und tatsächlich ist die Frage, wer wie viele Steuern zahlt, gar nicht so leicht zu beantworten. 

Die meisten Bürger zahlen Einkommens- oder Mehrwertsteuer – oder beides. Bei diesen Steuerarten gilt grundsätzlich: je höher das Einkommen, desto mehr Steuern werden fällig.

**Bei der Einkommenssteuer** gilt das sowohl in absoluten Zahlen als auch relativ. Das liegt am progressiven Einkommenssteuertarif, der dafür sorgt, dass mit steigendem Einkommen auch der Steuersatz steigt.

**Die Mehrwertsteuer** wird praktisch jedes Mal fällig, wenn Ware oder Dienstleistung eingekauft wird, wobei es für bestimmte Güter einen reduzierten Satz gibt und andere – wie Mieten – von der Besteuerung befreit sind. Da die meisten Menschen umso mehr konsumieren, je mehr sie verdienen, steigen auch ihre Mehrwertsteuerzahlungen entsprechend. Allerdings sinkt mit steigendem Einkommen jener Anteil, der für Konsum verwendet wird. Prozentual gesehen sinkt folglich die Mehrwertsteuerbelastung.

Ordnet man alle Haushalte in Deutschland nach ihrem Einkommen und teilt sie in zehn gleich große Gruppen, dann lässt sich für jedes Zehntel die prozentuale Belastung durch Einkommenssteuer, Mehrwertsteuer und Sozialbeiträge als Anteil am Nettoeinkommen darstellen. Das Ergebnis (Grafik):

## Steuer- und Abgabenbelastung: Es trifft die Mitte

**Lesebeispiel:** Ein Haushalt mit einem jährlichen durchschnittlichen Nettoeinkommen von 19.257 Euro zahlt davon im Schnitt 8,3 Prozent Einkommenssteuer und 16,3 Prozent Sozialbeiträge. Außerdem sind noch 8,3 Prozent für die Mehrwertsteuer fällig.

Durchschnittliches Nettoeinkommen in Euro	Einkommenssteuer	Sozialbeiträge	Mehrwertsteuer	Belastung insgesamt
10.024	4,8	8,3	9,2	22,3
13.780	4,7	12,4	8,5	25,5
16.649	6,7	15,3	8,4	30,4
19.257	8,3	16,3	8,3	32,8
21.772	10,1	16,8	8,0	34,8
24.501	11,5	16,5	7,8	35,9
27.629	13,1	16,3	7,6	37,0
31.851	15,1	15,0	7,3	37,4
38.625	18,0	13,2	6,8	38,1
59.133	21,3	8,4	5,8	35,6

Einteilung in zehn gleich große Gruppen nach dem bedarfsgewichteten Nettoeinkommen; Nettoeinkommen: bedarfsgewichtetes Haushaltseinkommen nach Zahlung von Einkommenssteuer und Sozialbeiträgen; bedarfsgewichtetes Haushaltseinkommen: Haushaltseinkommen geteilt durch Äquivalenzfaktor mal Anzahl der Haushaltsmitglieder; Äquivalenzfaktor: 1 für erste Person im Haushalt, 0,5 für weitere Person ab 14 Jahren, 0,3 für weitere Person unter 14 Jahren; Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 10

**Einkommens- und Mehrwertsteuer addiert, nimmt die Steuerbelastung mit steigendem Einkommen sowohl absolut als auch relativ zu.**

Gleichzeitig gilt eine – nicht ganz einfache – Formel: Die Einkommenssteuerbelastung nimmt bei höheren Einkommen durch die Progression des Tarifs stärker zu, als die Mehrwertsteuerbelastung durch den abnehmenden Konsum im Verhältnis zum Einkommen sinkt.

**Bei den Sozialbeiträgen** flacht die Belastung durch die Sozialbeiträge im oberen Einkommensbereich ab. Das liegt zum einen daran, dass nicht alle in die gesetzlichen Kassen einzahlen. Zum anderen sind die Beiträge durch die Beitragsbemessungsgrenzen gedeckelt. Die voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zahlen – oberhalb der besonderen Regelungen für Mini-

und Midijobs – bis zu den jeweiligen Beitragsbemessungsgrenzen einen proportionalen Anteil ihres Einkommens ein, während die Prämien der Privatversicherten einkommensunabhängig sind.

Die gesetzlichen Sozialversicherungen sind jedoch kein geschlossenes System, denn sie finanzieren sich nicht nur durch die Beiträge der Versicherten, sondern erhalten auch Zuschüsse aus dem allgemeinen Steueraufkommen. Zudem profitieren nicht allein die Einzahler, sondern z. B. auch die beitragsfrei mitversicherten Familienangehörigen.



aus IW-Trends  
1/2013

Thilo Schaefer: Verteilung der Steuern und Abgaben in Deutschland  
[www.iwkoeln.de/trends](http://www.iwkoeln.de/trends)

# Und täglich grüßt der Stau

**Verkehr.** Für die meisten Pendler, die mit dem Auto unterwegs sind, sind die tagtäglichen Staus mittlerweile so selbstverständlich wie ärgerlich. Besonders schlimm ist die Verkehrslage in Köln und Hamburg. Im europäischen Vergleich sind die Staus in Deutschland allerdings eher harmlos.

Der durchschnittliche Deutsche legt täglich knapp elf Kilometer verteilt auf vier Wege zurück. Dafür braucht er 81 Minuten und nimmt am liebsten das Auto.

Da die Verkehrsmenge auf deutschen Straßen in den vergangenen Jahren zugenommen hat, sind immer mehr Staus nur eine logische Konsequenz. Durch die Überlastung der Infrastruktur sowie durch Unfälle und Baustellen kommt es täglich zu Verkehrsbehinderungen.

Der Allgemeine Deutsche Automobil-Club (ADAC) meldete im Jahr 2012 insgesamt 285.000 Staus auf Bundesautobahnen mit einer Gesamtlänge von 595.000 Kilometern – diese Schlange würde sich ungefähr 15 Mal um den Äquator winden.

Und das waren nur die Staus auf den Autobahnen. Hinzu kommen die Kolonnen im Stadtverkehr. Die Auswertung der Firma TomTom, eines Herstellers von Navigationsgeräten, zeigt, dass Köln die deutsche Stau-Hauptstadt ist (Grafik):

**Im Jahr 2012 verlor ein Pendler, der bei freier Fahrt 30 Minuten täglich benötigen würde, in Köln durchschnittlich 76 Stunden auf seinem Weg zur Arbeit.**

Auch auf dem Stau-Treppchen stehen Hamburg mit 71 und München mit 67 jährlich verlorenen Stunden. Im Schnitt sollten Pendler, die in diesen Städten in der Rushhour unterwegs sind, für jede Stunde Normalfahrtzeit bis zu 30 Minuten mehr einplanen.

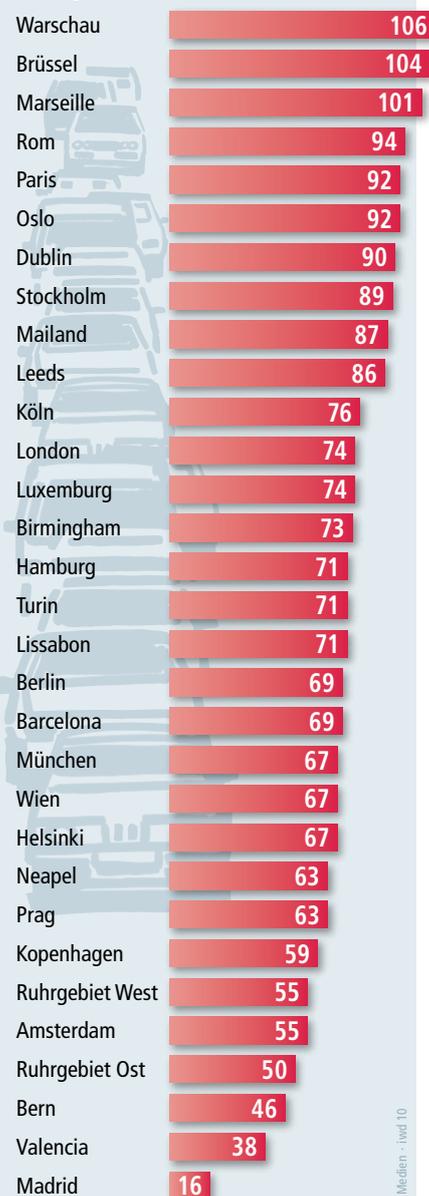
Im Vergleich zu anderen europäischen Großstädten verliert man in Deutschland allerdings noch wenig Zeit durch Stau. Spitzenreiter in der Stau-Schau ist Warschau: Hier brauchen Pendler aufgrund von Staus durchschnittlich 42 Prozent länger als bei freier Fahrt – in der morgendlichen Rushhour sind es sogar 89 Prozent. Dann müssen Autofahrer

für jede Stunde Fahrtzeit eine Verzögerung von 52 Minuten einplanen.

Ebenfalls angespannt war die Staulage 2012 in Brüssel und Marseille, wo Pendler mehr als 100 Stunden durch Behinderungen verloren.

## Die Stau-Schau

So viele Stunden verlor ein Pendler im Jahr 2012 auf seinem Weg zur Arbeit, für den er bei freier Fahrt 30 Minuten täglich benötigen würde



## Stau als Konjunkturindikator

Wenn es auf den Straßen nicht rollt, läuft die Konjunktur umso besser – und umgekehrt. Laut einer Studie der Firma INRIX – eines internationalen Anbieters von Verkehrsinformationen und Fahrerdiensten – gibt es nämlich einen Zusammenhang zwischen Staus und Wirtschaftswachstum. Demnach seien lange Verkehrsschlangen ein Zeichen dafür, dass die Menschen zur Arbeit gehen, Unternehmen ihre Produkte versenden und die Verbraucher Geld ausgeben.

Im Jahr 2011 sind die Verkehrsstaus INRIX zufolge weltweit um 17 Prozent zurückgegangen. Dabei wurden auch 13 europäische Länder analysiert. Länder, die am stärksten von der europäischen Schuldenkrise betroffen waren, wiesen demnach auch den stärksten Rückgang bei Verkehrsstaus auf. So reduzierte sich die Zahl der Staus in Portugal um 44 Prozent, in Irland um gut ein Viertel und in Italien um 18 Prozent.

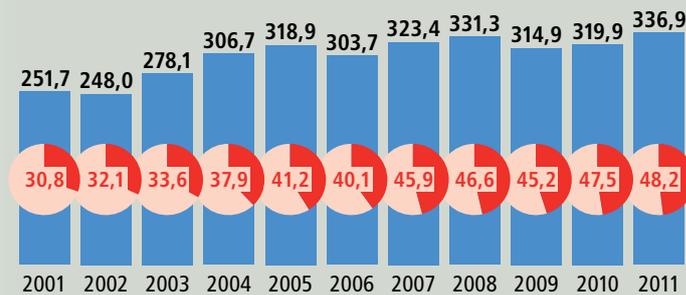


Der Trend zum Vorruhestand ist ungebrochen – fast jeder zweite Neurentner ist mittlerweile Frührentner. Immerhin verabschieden sich die Vorruheständler deutlich später vom Arbeitsmarkt als noch vor einigen Jahren. Zudem zahlen sie einen Teil der Zeche selbst: Seit Anfang des vergangenen Jahrzehnts führt das vorzeitige Ausscheiden zu Abschlägen bei der Rente.

### Fast jeder Zweite wird Frührentner

So viele Personen haben vor Erreichen des gesetzlichen Rentenalters eine Altersrente mit Abschlägen bezogen

■ in 1.000 ■ in Prozent aller Neurentner des jeweiligen Jahres



Altersrenten: ohne Erwerbsminderungsfälle und Hinterbliebenenversorgung  
Quelle: Deutsche Rentenversicherung

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 10

Noch nie sind in Deutschland so viele Menschen frühzeitig in Rente gegangen: Von den knapp 700.000 Neurentnern des Jahres 2011 schieden rund 337.000 vor Erreichen der Altersgrenze aus dem Arbeitsleben aus – das entspricht einer Frühverrentungsquote von 48 Prozent. Zehn Jahre zuvor waren es gerade mal 30 Prozent. Die meisten Frührentner waren zuletzt Frauen – nämlich 195.000 beziehungsweise fast 60 Prozent. Sollte der Trend zur Frühverrentung weiter anhalten, hätte dies Folgen für die gesetzliche Rentenversicherung und die Beitragszahler. Denn in den kommenden Jahrzehnten müssen in Deutschland aufgrund des demografischen Wandels immer weniger Arbeitnehmer eine immer größere Zahl von Rentnern versorgen. Der vorzeitige Wechsel vom Erwerbsleben in den Ruhestand verschärft diese Finanzierungslücke.

### Später in den Vorruhestand

So viele Monate verabschiedeten sich die Frührentner im Durchschnitt früher aus dem Arbeitsleben

■ Männer ■ Frauen



Altersrenten: ohne Erwerbsminderungsfälle und Hinterbliebenenversorgung  
Quelle: Deutsche Rentenversicherung

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln

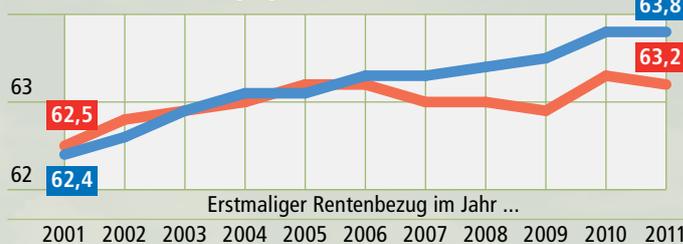
© 2013 IW Medien - Iwd 10

Jeder, der vorzeitig in Rente geht, muss seit dem Jahr 2001 einen Abschlag auf seinen Rentenanspruch hinnehmen – und zwar 0,3 Prozent für jeden Monat, den er oder sie vor Erreichen der regulären Altersgrenze in den Ruhestand wechselt. Wer also zwölf Monate vor der Regelaltersgrenze – derzeit liegt sie bei 65 Jahren und zwei Monaten – in Rente geht, hat nicht nur wegen der kürzeren Beitragszeit einen geringen Rentenanspruch, sondern muss für den Rest seines Lebens auf diesen auch noch einen Abschlag von 3,6 Prozent in Kauf nehmen. Nicht zuletzt hat der seit 2001 geltende Abschlag dazu geführt, dass Männer heute später in den Vorruhestand gehen. Begann er im Jahr 2004 noch durchschnittlich 36,5 Monate vor dem gesetzlichen Rentenalter, sind es mittlerweile nur noch 28,5 Monate; Frührentnerinnen scheiden im Schnitt fast 42 Monate vorher aus dem Berufsleben aus.

### Das Renteneintrittsalter steigt

Durchschnittliches Rentenzugangsalter in Jahren

■ Männer ■ Frauen



Altersrenten: ohne Erwerbsminderungsfälle und Hinterbliebenenversorgung  
Quelle: Deutsche Rentenversicherung

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 10

Die Tatsache, dass Frührentner seit 2001 Abschläge auf ihre Rentenansprüche hinnehmen müssen, hat nicht nur dazu geführt, dass die Vorruheständler später in Rente gehen, sondern auch dazu, dass das Renteneintrittsalter insgesamt steigt. Männer bezogen 2011 mit durchschnittlich 63,8 Jahren zum ersten Mal Rente, Frauen mit 63,2 Jahren. Somit bleibt zwar das Problem der steigenden Zahl von Frührentnern, denn die Beitragszahler müssen die vorzeitige Inanspruchnahme zunächst vorfinanzieren. Der Trend zum späteren Vorruhestand mildert das Finanzproblem jedoch ein wenig ab: Der einzelne Versicherte zahlt etwas länger in die Rentenkasse ein, die dadurch weniger beansprucht wird.

# Nachkarten gilt nicht

**Tarifpolitik.** Gewerkschaften begründen Lohnforderungen grundsätzlich mit gestiegenen Preisen und der wachsenden Produktivität. Oft kommt noch eine Umverteilungskomponente hinzu – doch die ist willkürlich.

Für Arbeitgeber ist die Rechnung eigentlich einfach: Wenn die Löhne wie die Produktivität zulegen, bleiben die Lohnstückkosten stabil – und die Wettbewerbsfähigkeit leidet nicht. Die Gewerkschaften rechnen anders. Sie möchten für ihre Mitglieder zumindest den Reallohn sichern.

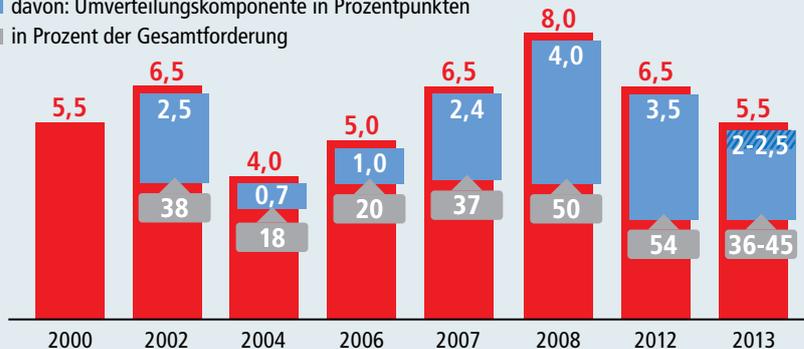
Und hier beginnt das Problem: Weil sich das Produktivitätswachstum verlangsamt hat – in den vergangenen zehn Jahren lag es je Stunde nur bei knapp 1 Prozent –, hätte ein solches Lohnplus nicht ausgereicht, die Teuerung auszugleichen. Deshalb wollen die Gewerkschaften zusätzlich einen Teuerungsausgleich.

Schon dieser Teil der Lohnforderung ist aber umstritten. Denn nicht

## Tarifverhandlungen: Kreativer Verhandlungsspielraum

Die Umverteilungskomponente ist jener Teil der Lohnforderung, der nicht durch die Teuerungsrate und den Produktivitätszuwachs erklärt werden kann

- Lohnforderung der IG Metall in Prozent
- davon: Umverteilungskomponente in Prozentpunkten
- in Prozent der Gesamtforderung



In den Tarifrunden 2000 und 2010 wurde keine Umverteilungskomponente gefordert; 2010 ging die IG Metall ganz ohne Lohnforderung in die Tarifrunde; 2013: Forderung IG Metall Baden-Württemberg  
Quelle: Gesamtmetall

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iw-d 10

jedes Unternehmen hat die Möglichkeit, seine höheren Kosten über höhere Preise weiterzugeben. Meist wollen die Gewerkschaften sogar noch ein Sahnehäubchen oben draufsetzen. Sie fordern zusätzlich eine Umverteilungskomponente – und jede Gewerkschaft findet eine eigene Begründung:

- Die IG BAU etwa rechtfertigt ihre aktuelle Forderung von 6,6 Prozent mehr Lohn auch damit, dass die Branche für Arbeitnehmer attraktiver werden müsse.
- Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di wollte aus sozialpolitischen Gründen einen Ausgleich, weil die Krankenversicherungsbeiträge der Arbeitnehmer stärker gestiegen seien als die der Arbeitgeber.

- Die IG Metall hat die Umverteilungskomponente kontinuierlich nach oben geschraubt (Grafik):

**Die Umverteilungskomponente machte 2012 insgesamt 3,5 Punkte der Forderung von 6,5 Prozent aus.**

In diesem Jahr soll die Komponente 2 bis 2,5 Prozentpunkte betragen. Damit sollen zusätzliche Kaufkraftimpulse im Inland angestoßen werden.

Die Gewerkschaft übersieht dabei zweierlei: Zum einen haben die Unternehmen seit März 2010 über 250.000 Stellen geschaffen, die Kaufkraft generieren. Zum anderen liegt die M+E-Produktion derzeit immer noch deutlich unter dem Vorkrisenniveau von 2008, die Tarifentgelte liegen aber fast 14 Prozent darüber.

## Adressaufkleber

## Impressum

**Herausgeber:**  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

**Chefredakteur:** Axel Rhein  
**Stellv. Chefredakteur:** Klaus Schäfer (verantwortlich)

**Redaktion:** Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Vanessa Dahm, Berit Schmiedendorf, Alexander Weber

**Redaktionsassistent:** Ines Pelzer

**Grafik:** Michael Kaspers, Ralf Sassen

**Telefon:** 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504  
**E-Mail:** iw-d@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich  
**Bezugspreis:** € 8,67/Monat, zzgl. € 3,08  
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer

**Abo-Service:** Therese Hartmann,  
0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

**Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft  
Köln Medien GmbH,  
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,  
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
**Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

**Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH,  
Meckenheim

Dem iw-d wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de  
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

**iW.KÖLN.WISSEN**  
SCHAFFT KOMPETENZ.